

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Dr. Johann Kalliauer

Elfriede Schober

Präsident der AK Oberösterreich

Vizepräsidentin der AK Oberösterreich

**Was die Corona-Pandemie für
Jung-Eltern bedeutet**

Online-Pressekonferenz
am Montag, 8. Februar 2021, um 11 Uhr
Arbeiterkammer Linz

Schlechte Ausgangslage für Eltern in Oberösterreich

Nicht nur die aktuellen Corona-Bekämpfungsmaßnahmen, etwa die Schließungen von Betreuungseinrichtungen, stellen viele Eltern vor große Herausforderungen. Das Kinderbetreuungsangebot in Oberösterreich schneidet im Bundesländervergleich generell schlecht ab. Und das, obwohl seit Jahren viel Geld in die institutionelle Kinderbetreuung gepumpt wird. 2018/19 waren das für das Kindergartenjahr laut parlamentarischer Anfrage österreichweit 125 Millionen Euro, für den Zeitraum 2019/20 bis 2021/22 sind insgesamt 142,5 Millionen Euro – bei entsprechender Kofinanzierung durch die Länder – vorgesehen. Alleine in Oberösterreich standen im Kindergartenjahr 2018/19 auf diesem Weg rund 22 Millionen Euro für den Ausbau der qualitätsvollen, vollzeitauglichen Kinderbetreuung zur Verfügung.

Trotz der millionenschweren Infrastruktur-Investitionen werden laut Kindertagesheimstatistik 2019/2020 in Oberösterreich gerade einmal 4,4 Prozent der Unter-Dreijährigen in Institutionen betreut, die Eltern eine Vollzeitarbeit ermöglichen. Das bedeutet sogar einem Rückgang von 0,2 Prozentpunkten (!) gegenüber 2018/2019. Oberösterreich bleibt damit in dieser Altersgruppe die rote Laterne erhalten. Zum Vergleich: Der Österreich-Schnitt beträgt hier 16,6 Prozent.

Bei den Drei- bis Sechsjährigen schaut es nicht viel besser aus. Nicht einmal ein Viertel von ihnen – exakt 23,9 Prozent – kann ein entsprechendes Kinderbetreuungsangebot in Anspruch nehmen. Obwohl der Anteil gegenüber dem Jahr zuvor um 1,7 Prozentpunkte stieg, liegt Oberösterreich nach wie vor auf dem vorletzten Platz. Der Österreich-Schnitt liegt bei 43,6 Prozent und damit um beinahe 20 Prozentpunkte über dem oberösterreichischen Wert!

Betreuungsangebot entspricht nicht den Anforderungen der Arbeitswelt

Aufgrund dieser negativen Entwicklung muss man der zuständigen Landesrätin die Frage stellen, ob die Mittel treffsicher und sinnhaft verwendet werden. Der Landesrechnungshof (LRH) hat schon 2017 festgestellt, dass die politischen Entscheidungsträger/-innen laufend Investitionsentscheidungen treffen, obwohl es keinen Überblick über die aktuelle und zukünftige Bedarfslage in der institutionellen Kinderbetreuung gibt. Seither hat sich die Situation in

Oberösterreich nicht wirklich verbessert. Im Gegenteil: Durch die Einführung der umstrittenen Elternbeiträge in der Nachmittagsbetreuung hat sich die Lage weiter verschlechtert. Die 161 (!) Seiten umfassenden persönlichen Schilderungen der Eltern im Rahmen der vorliegenden AK-Umfrage bestätigen das vom LRH konstatierte Defizit auf Landes- und Gemeindeebene. So meinte eine Befragte: *„Vollzeitarbeit ist durch die Beschränkung der Betreuungszeit auf acht Stunden pro Tag für unter Dreijährige gar nicht möglich. Erziehende sind also grundsätzlich auf Unterstützung angewiesen, das halte ich für ein großes Problem. Wenn man öffentliche Verkehrsmittel benutzt, ist es völlig normal, mit mindestens 40 Minuten Fahrt zur Arbeit und retour rechnen. Ohne einen Partner, der mitverdient oder die Kinder abholt, ist es kaum möglich, die eigenen Kinder (...) gut zu betreuen.“*

Ein weiteres Faktum zur schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 51 Prozent der Einrichtungen in Oberösterreich haben weniger als acht Stunden geöffnet. Dieses „Angebot“ entspricht schon lange nicht mehr den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen und Männer, die mit langen und immer flexibler werdenden Arbeitszeiten konfrontiert sind (etwa durch die Einführung des 10-Stunden-Tages und der 60-Stunden-Woche). Zudem hatten die oberösterreichischen Krabbelstuben, Kindergärten und Horte 2019/20 in Summe 26,7 Tage geschlossen, das ist um mehr als fünf Tage länger als der Bundesdurchschnitt.

Wie erleben Eltern die Kinderbetreuung in Corona-Zeiten?

Auch nach fast einem Jahr verursacht die Corona-Krise immer noch große Unsicherheit bei den Eltern. Insbesondere die „Lockdown“-Phasen haben von Eltern große Nervenstärke gefordert. Geschlossene Kinderbetreuungseinrichtungen, der Aufruf, den Kontakt zu Großeltern, Verwandte oder Freunde/-innen zu meiden, Home-Schooling, verpflichtender Abbau von Urlaubs- und Zeitguthaben, fehlendes Einkommen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hatten und haben große psychische, aber auch körperliche Belastungen zur Folge. Viele Arbeitnehmer/-innen wandten und wenden sich in den letzten Monaten immer wieder mit ihren Problemen rund um die Kinderbetreuung an die AK.

Die AK Oberösterreich wollte sich daher mittels Elternbefragung ein umfassendes Bild zur Kinderbetreuung in der Corona-Krise und allgemein zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen. Dabei standen folgende Themen im Blickfeld:

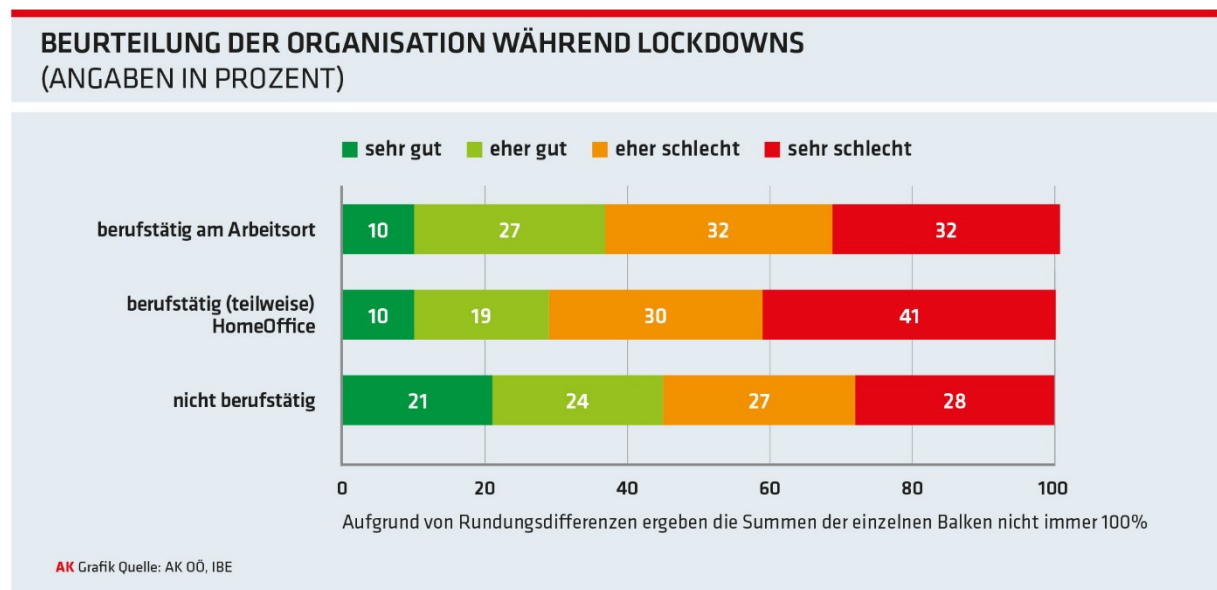
- Herausforderungen für die institutionelle Kinderbetreuung während der Corona-Pandemie
- Ferienbetreuung und im Besonderen die Sommerbetreuung nach dem ersten Lockdown
- Die Zufriedenheit im neuen Kindergartenjahr (ab September 2020) hinsichtlich Finanzierung, Organisation, Unterstützung, Information/Kommunikation und Öffnungszeiten.

Zwischen 17. September und 19. Oktober 2020 wurden Eltern mit mindestens einem Kind zwischen zwei und fünf Jahren mittels Online-Fragebogen befragt. Insgesamt füllten 1.368 Personen den Fragebogen aus. 86 Prozent der Teilnehmer/-innen waren Frauen. Der Anteil der Männer war mit 13 Prozent gegenüber anderen ähnlichen Befragungen außergewöhnlich hoch. Die Stichprobe repräsentiert die Grundgesamtheit und eignet sich gut, um valide Aussagen – unter Einbeziehung der Schwankungsbreite (+/- 2,6 Prozent) – zu treffen. Die Auswertung ergab zudem 161 Seiten an persönlichen Wünschen und Verbesserungsvorschlägen, die zum Teil sehr umfassend ausgefallen sind und einen guten Einblick in die aktuellen Probleme berufstätiger Eltern – allen voran von Alleinerziehern/-innen – geben.

Beurteilung der Kinderbetreuung im „Lockdown“

Mit dem Beginn des ersten „Lockdowns“ am 16. März 2020 wurde Österreich rund eineinhalb Monate in weiten Bereichen auf „Notbetrieb“ umgestellt. Diese Phase von Mitte März bis Anfang Mai 2020 beschreiben die Befragten für die Betreuungssituation am schwierigsten. Für 64 Prozent (!) der Befragten war die Betreuung in diesem Zeitraum nur schlecht oder sehr schlecht zu organisieren. Mit den Lockerungen ab Mai entspannte sich die Situation zunächst, ehe sie im Sommer noch einmal spürbar schlechter wurde. 36 Prozent stufte die Organisation der institutionellen Kinderbetreuung in dieser Phase als sehr schlecht bzw. eher schlecht ein.

Als „besonders erschwert“ erwies sich die Situation für jene Eltern, die trotz Lockdowns am Arbeitsort berufstätig sein mussten (64 Prozent) und jene, die teilweise im Home-Office arbeiteten (71 Prozent). Rund 61 Prozent aller Personen, die im Normalfall bei der Kinderbetreuung von Familienmitgliedern unterstützt werden, mussten in der Zeit des Lockdowns ohne Unterstützung auskommen. Bei rund der Hälfte der Befragten halfen der Partner/die Partnerin mit und bei immerhin 36 Prozent die Großeltern – trotz des Aufrufes, Kinder aufgrund der Ansteckungsgefahr nicht zu den Großeltern zu bringen. So schilderte eine Mutter zu den Herausforderungen: *„Mein Mann hatte Home-Office mit Kleinkind – dies ist mit einem Kleinkind sehr herausfordernd (...) Die Kinderbetreuung über Omas und Opas ist flachgefallen, weil sie zur Risikogruppe gehören! Ich arbeitete in einem systemrelevanten Job auswärts, kam nach der Arbeit schnell heim, dann sofortiger Wechsel der Kinderbetreuung, damit der Mann in Ruhe arbeiten konnte.“*



Als Antwort auf die Frage „Was war positiv am Lockdown?“ wurde am häufigsten „mehr Zeit für Kind/Kinder bzw. die Familie“ genannt – etwa, weil lange Wegstrecken zur Arbeit und zur Kinderbetreuungseinrichtung wegfielen. Positiv hoben die Befragten auch häufig die Unterstützung und Verfügbarkeit des Partners hervor und dass man sich wieder als Familie erlebt und zusammengefunden habe. *„Mein Mann war in dieser Zeit von Montag bis Freitag*

im Home-Office und somit jeden Abend da. Davor war er beruflich immer unterwegs“; so eine repräsentative Antwort.

Geschlossene Betreuungseinrichtungen als große

Herausforderung

Als zentrale Herausforderung hinsichtlich Kinderbetreuung stellte sich das Schließen der Kinderbetreuungsangebote heraus. Zudem wurde von der Betreuung durch Großeltern abgeraten und auch der Kontakt zu anderen Kindern untersagt. Somit übernahmen überwiegend die Eltern selbst die Betreuung der Kinder – und das zumeist bei aufrechter Berufstätigkeit. „Home-Office“ bzw. „Arbeiten und Kinder“ sowie „Vereinbarkeit Familie und Beruf“ waren daher die dominierenden Themen in den offenen Nennungen.

Die plötzliche Vervielfachung der ohnehin schon vorhandenen Mehrfachbelastungen brachte die Eltern an die Grenze des Machbaren. Die meistgenannten Problemfelder: Betreuung der Kinder, Unterstützung beim Home-Schooling, keine Unterstützung und fehlendes Verständnis durch Arbeitgeber, keine ausreichende Infrastruktur (Telefon, Endgeräte usw.), ständiges „Aufeinanderkleben“ und fehlende Distanzmöglichkeiten (nicht ausreichend Raum).

In der Umfrage beschrieben viele Eltern ihr schlechtes Gewissen, wenn zwischen ihrem Anspruch an Qualität der Betreuung und der Praxis im Alltag (Kinder von Geschwistern betreuen lassen, beim TV-Gerät „zwischenparken“) ein Widerspruch klaffte und diese Situation als Notbetrieb erlebt wurde. Besonders betroffen waren davon Alleinerziehende. *„Die Unsicherheit und das schlechte Gewissen, das einem gemacht wurde, wenn man anfragte, ob eine Betreuung tageweise möglich wäre, waren eine große psychische Belastung“*, so eine Mutter.

Wunsch nach Home-Office oft nicht berücksichtigt

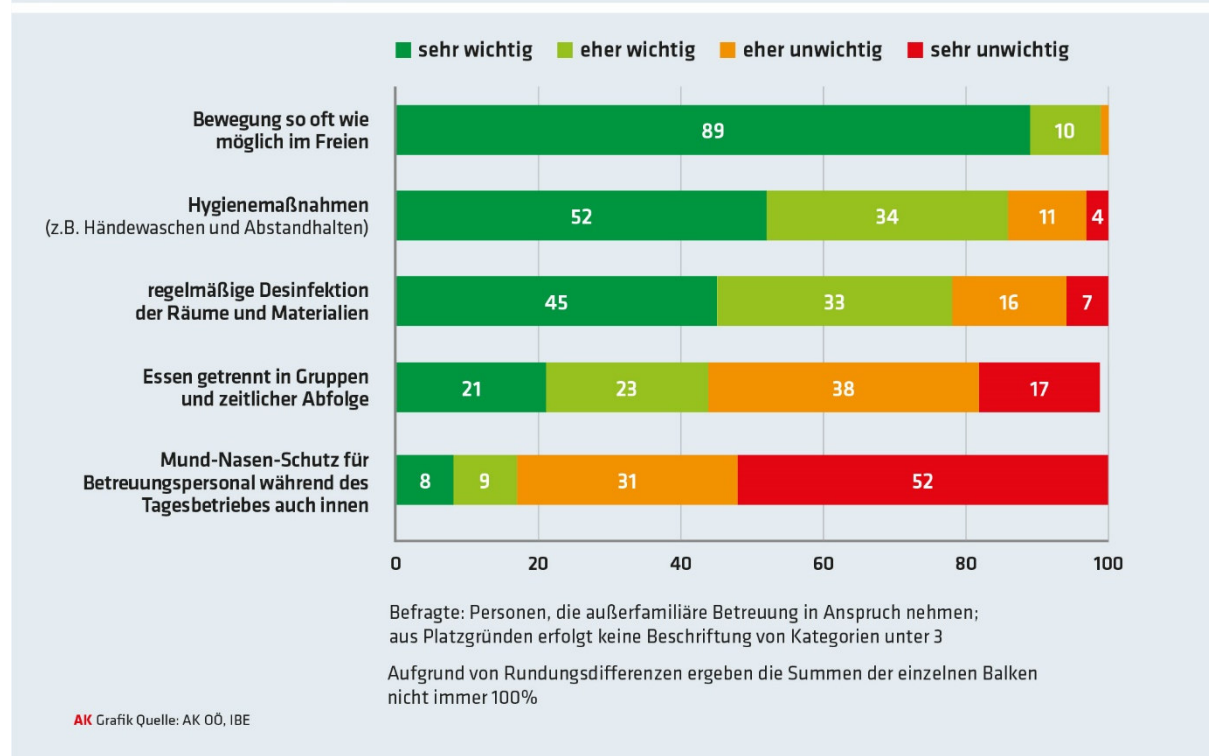
Auch wenn viele Firmen ihren Beschäftigten ermöglichten zuhause zu arbeiten, stellte sich die Situation für einen großen Teil der Befragten schwierig dar. Immerhin 39 Prozent geben an, dass von Seite des Arbeitgebers der Wunsch nach Home-Office gar nicht oder eher nicht berücksichtigt wurde. Ein Viertel meinte, dass ihre Arbeitgeber auch in Zeiten der Pandemie überhaupt keine Rücksicht auf

die Betreuungspflichten der Beschäftigten genommen hätten. „*Unsere Kinderbetreuungseinrichtung war während des Lockdowns geschlossen. Mein Arbeitgeber hat sich aber gegen Home-Office gewehrt, obwohl es sinnvoll und möglich gewesen wäre*“, so ein Beispiel aus der Umfrage.

Skepsis gegenüber Covid-19-Maßnahmen in Kinderbetreuungseinrichtungen

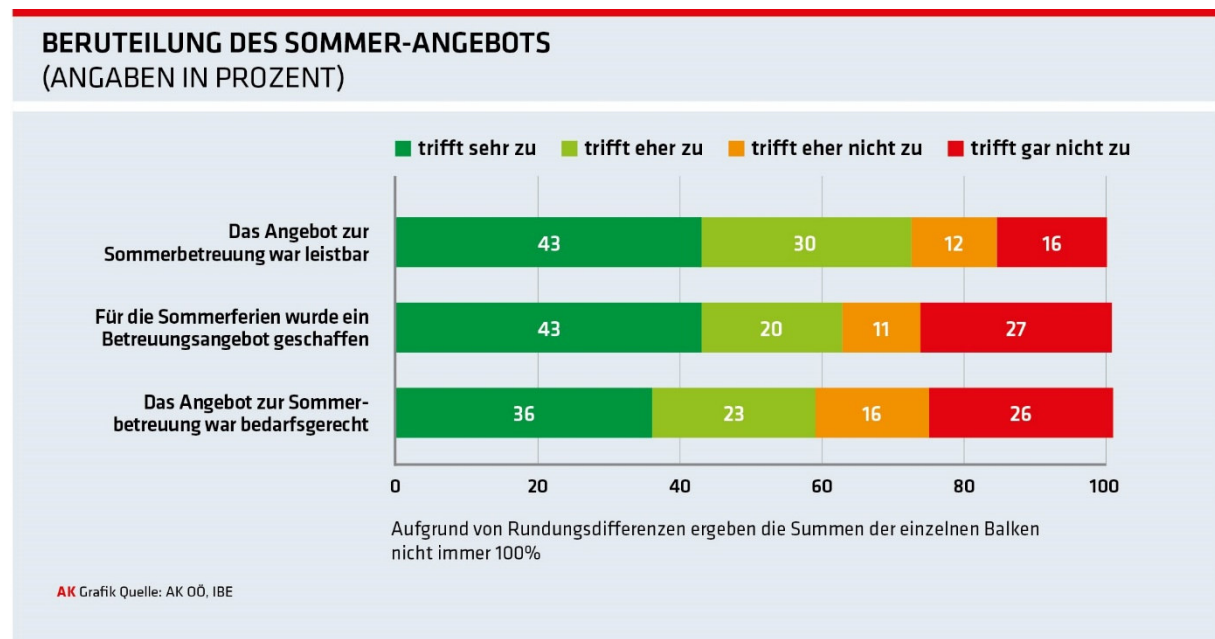
In Summe bewerten die Befragten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie recht unterschiedlich. Den Eltern war mit Abstand „die Bewegung im Freien“ am wichtigsten. 99 Prozent meinten, dass sich die Kinder so oft wie möglich im Freien bewegen sollen. Wichtig waren ihnen auch „Hygienemaßnahmen“ wie Händewaschen, Abstandhalten (86 Prozent), die regelmäßige Desinfektion der Räume und Materialien (78 Prozent) sowie dass Eltern nur bis zum Eingangsbereich mit Mund-Nasen-Schutz (69 Prozent). Weniger wichtig erschien den Eltern der Mund-Nasen-Schutz für Betreuungspersonal während des Tagesbetriebes (17 Prozent), das Essen in getrennten Gruppen und die zeitliche Abfolge (44 Prozent).

COVID-19-MASSNAHMEN IN KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN (ANGABEN IN PROZENT)



Betreuungsangebot im Covid-Sommer nicht bedarfsgerecht

38 Prozent der Umfrageteilnehmer/-innen gaben an, dass für die Sommerferien kein Betreuungsangebot geschaffen worden sei. Für 42 Prozent war das Angebot nicht bedarfsgerecht. Es zeigt sich, dass es hinsichtlich bedarfsgerechter Sommerbetreuung in Oberösterreich große regionale Unterschiede gab, besonders in den kleinen Gemeinden: Hier sagen 52 Prozent, dass die Sommerbetreuung nicht bedarfsgerecht war. Für immerhin 28 Prozent der Befragten stellte sich das Angebot als eher nicht oder nicht leistbar dar. „*Unsere Gemeinde hat bezüglich Sommerbetreuung nichts angeboten. Aber es gibt einen privaten Verein, der hat ein Angebot gemacht. Aber hochpreisig und nur an den Vormittagen, also nicht sehr brauchbar für Berufstätige*“, schildert eine Umfrageteilnehmerin ihre Erfahrungen.



Das Sommer-Angebot bekam im Innviertel sowohl bezüglich Leistbarkeit, als auch hinsichtlich Bedarfsgerechtigkeit und Verfügbarkeit die geringste Zustimmung.

Kinderbetreuungssituation ab Herbst 2020

Nach dem ersten Lockdown und den Sommerferien hofften die Eltern auf ein zuverlässiges Betreuungsangebot, bedarfsgerechte Öffnungszeiten und eine klare Kommunikation seitens der Politik. Die Befragungsergebnisse zeigen allerdings, dass Eltern, die sich zur Situation und zum Organisationsmanagement im

Lockdown durchaus positiv geäußert haben, in Summe häufig mit der Kinderbetreuungssituation allgemein und im Einzelnen nicht zufrieden waren.

86 Prozent der Befragten nützten im Herbst 2020 ein Betreuungsangebot außerhalb der Familie, mehrheitlich einen Kindergarten. Dabei sind allerdings große regionale Unterschiede feststellbar. So war im Innviertel der Anteil – allen voran bei den Krabbelstuben – besonders gering. Große Unterschiede gibt es auch hinsichtlich Nachmittagsbetreuung. Besuchen im Zentralraum 40 Prozent an fünf Nachmittagen eine außerfamiliäre Betreuung, so sank dieser Anteil in den ländlichen Regionen deutlich, in Gemeinden unter 3.000 Einwohner gerade einmal auf vier Prozent. 42 (!) Prozent der Eltern, die ihr Kind in außerfamiliär betreuen ließen, brauchen zumindest einmal in der Woche zusätzliche Unterstützung. Diese übernahmen in über zwei Drittel der Fälle die Großeltern. Das Resümee einer Befragten: *„Corona hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, dass man noch Familie hat, auf die man sich verlassen kann, wenn man schon zum Teil von staatlicher Seite im Stich gelassen wird.“*

Aus den AK-Beratungen sind Fälle bekannt, wonach bereits zugesagte Aufnahmen im Jänner 2021 nicht mehr möglich waren und dadurch die Eltern – zumeist Frauen – ihre Vereinbarungen mit dem Dienstgeber nicht einhalten konnten oder Bürgermeister/-innen einfach den Bustransport während des Jahres einstellen, um so den Zugang zu den Kinderbetreuungseinrichtungen zu regulieren. Sie stürzen die berufstätigen Eltern somit in ein großes organisatorisches Dilemma.

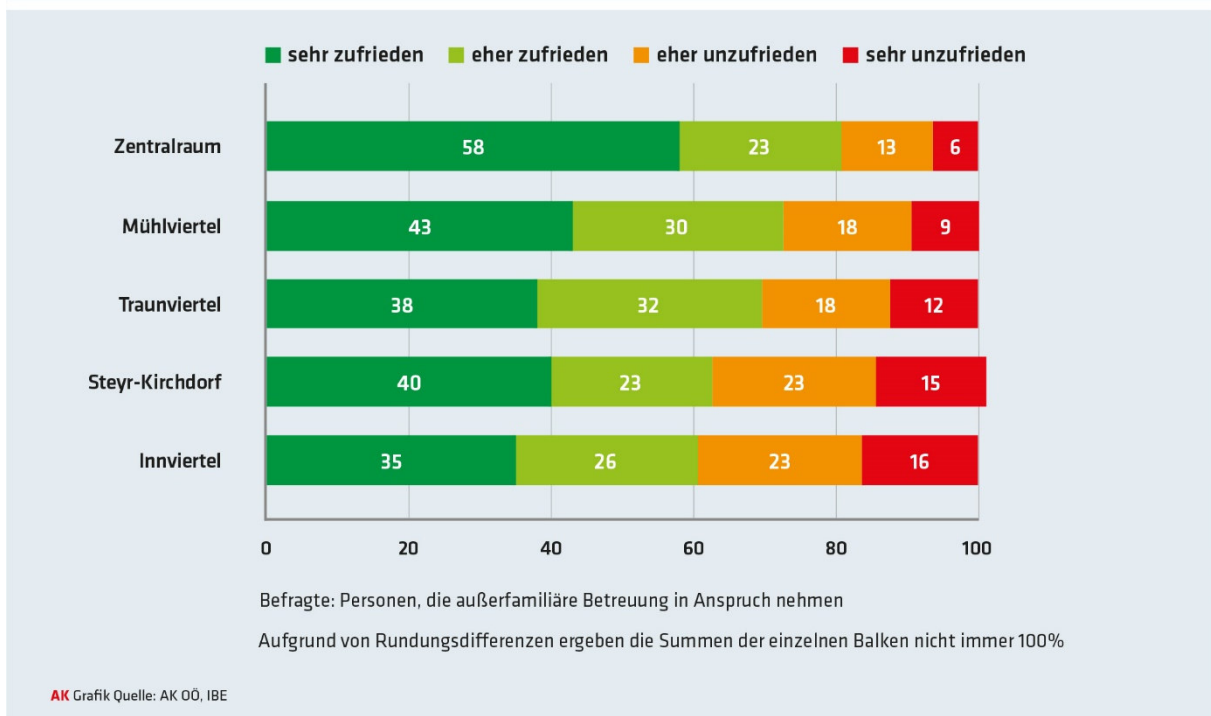
Öffnungszeiten – Angebot schafft Nachfrage und Zufriedenheit

Das Ausmaß, in dem ein Betreuungsangebot genutzt wird, hängt stark von der Verfügbarkeit ab. 98 Prozent der Einrichtungen haben am Vormittag geöffnet, allerdings bietet nur jede zweite eine Betreuung am Nachmittag an. Auch bei den Öffnungszeiten sind große regionale Unterschiede feststellbar. Fazit: Je kleiner die Gemeinde, umso seltener ist am Nachmittag die Betreuung geöffnet. Im Innviertel bietet fast jede vierte Gemeinde überhaupt keine Nachmittagsbetreuung an. Aus der Befragung geht zudem eindeutig hervor: Je weniger offene Nachmittage angeboten werden, desto häufiger wird das gesamte Angebot gar nicht genutzt. Dagegen nehmen 33 Prozent jener Eltern, die an fünf Nachmittagen ein Angebot haben, dieses auch in Anspruch. 30 Prozent nützen es teilweise. Zum Vergleich: Falls es nur an zwei bis drei Tagen ein Betreuungsangebot gibt, nützen es 61

Prozent gar nicht. *„Die Moral von der Geschichte: Entweder ich melde mein Kind in der Nachmittagsbetreuung an und schicke es dann auch an Tagen, an denen ich gar nicht arbeiten muss, oder ich stehe dann an Tagen da, an denen ich arbeiten soll, aber mein Kind nicht zur Betreuung schicken kann“*, so eine Mutter.

Die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten und der Nachmittagsbetreuung hängt also signifikant mit der Anzahl der geöffneten Nachmittage zusammen! Fazit: Je mehr Nachmittagsangebot, desto zufriedener die Befragten. Falls dieses fünf Mal pro Woche zur Verfügung steht, geben 87 Prozent an, sehr oder eher zufrieden zu sein. Fehlt das Nachmittagsangebot, sind es hingegen nur 19 Prozent. Die größte Unzufriedenheit mit der Nachmittagsbetreuung gibt es im Innviertel (39 Prozent) und in der Region Steyr-Kirchdorf (38 Prozent). *„Die Öffnungszeiten sind weltfremd und mit vielen Arbeitsorten und -zeiten nicht vereinbar. Schichtarbeit ist gar nicht möglich. Da soll (...) bedarfsgerechte Betreuung geschaffen werden, damit Vollzeitarbeit überhaupt möglich sein kann“*, meinte eine Betroffene.

ZUFRIEDENHEIT NACHMITTAGSBETREUUNG (ANGABEN IN PROZENT)



Mit Personal hochzufrieden, Unzufriedenheit mit Ferienbetreuung und Elternbeiträgen

Höchst zufrieden sind die Eltern mit der Arbeit des Betreuungspersonals (96 Prozent), dem „Zugang zu Freiflächen“ (94 Prozent) und den „inhaltlichen Schwerpunkten“ (91 Prozent), die das Betreuungspersonal anbietet. *„Die Pädagoginnen haben die Situation sehr erfolgreich gemeistert und wir haben jede Woche eine E-Mail bekommen, ob wir jemanden brauchen als Betreuung“*, fasst eine Befragte ihre positiven Erfahrungen zusammen.

Hingegen gilt die höchste Unzufriedenheit der Ferienbetreuung: 35 Prozent sind damit sehr unzufrieden oder eher unzufrieden. Jede/-r Vierte ist auch mit der Höhe des Elternbeitrages und mit der Nachmittagsbetreuung sehr oder eher unzufrieden. Immerhin 20 Prozent bemängeln die Zusatzkosten wie Transport, Essen oder Materialien.

Betreuungskosten für 28 Prozent ein Problem

Laut Umfrage ist die Finanzierung der Kinderbetreuung für immerhin 28 Prozent der Eltern eine Belastung. Besonders für jene, die die Nachmittagsbetreuung in Anspruch nehmen (müssen) und jene, die ihr Kind sonst außerfamiliär betreuen ließen (z.B. Tagesmutter/-vater) sowie Alleinerzieher/-innen, Pflichtschulabsolventen/-innen, junge Eltern und Personen mit nicht-deutscher Alltagssprache. Die kostenpflichtige Vormittagsbetreuung für Kinder bis zum 30. Lebensmonat ist für 43 Prozent der Betroffenen, auf jeden Fall bzw. eher schon eine finanzielle Belastung. Bemängelt wird von den Eltern immer wieder, dass man zum Beispiel in der Nachmittagsbetreuung einen 5-Tages-Tarif bezahlen muss, obwohl ein Angebot nur an vier Tagen zur Verfügung steht. Ein anderes Beispiel: In den Krabbelstuben dürfen die Eltern ihr Kind nicht vor 13 Uhr abholen, weil das in die Ruhezeit fällt. Die Abholung ist erst danach ab 13.30 Uhr möglich. Somit wird den Eltern wegen 30 Minuten die volle Nachmittagsgebühr verrechnet.

Elternwünsche und AK-Forderungen

Die Erfahrungen in den Lockdowns verdeutlichen, warum eine moderne (Arbeits-)Gesellschaft flächendeckende, qualitätsvolle und vor allem vollzeittaugliche Kinderbetreuungsangebote braucht. Die Ergebnisse der Elternbefragung und die

O-Töne der Eltern auf 161 (!) Seiten bestätigen recht eindrucksvoll die seit Jahren von der AK geforderten Maßnahmen:

- Nachhaltige, finanzielle Sicherstellung für Kinderbetreuungseinrichtungen
- Eine zeitgerechte, professionelle und verpflichtende Bedarfserhebung in allen oberösterreichischen Gemeinden und Bezirken
- Schaffung eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmenplanes für Krabbelstuben, Kindergärten und eine Qualitätsoffensive in Form von umfassender Sprachförderung bereits für die Kleinen
- Rücknahme der Elternbeiträge für Nachmittagsbetreuung zur finanziellen Entlastung
- Einführung eines zweiten verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder
- Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I.